

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Lieferung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, ...

Abend-Ausgabe.

Die Arbeiter-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Einzelnenpreise:

Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile ...

Nr. 550.

Halle, Mittwoch, den 24. November 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Abrüstungsfrage in Genf.

Das deutsche Kolonialmemorandum vor dem Völkerbund — Noch keine Festsetzung des Abstimmungstermins für Oberschlesien — Endgültiger Preisabbau in Amerika.

Massnahmen gegen Betriebsabbrüche und -stilllegungen.

Unter dem Druck der Kohlenablieferungen an die Entente und unter den Folgen der Währungsfrage haben die Anlagen von Stilllegungen und Abbrüchen von Betrieben im letzten Sommer einen grossen Umfang angenommen.

ihrer Ursachen zu verhüten, erfüllen, und so die deutsche Volkswirtschaft vor Störungen des Produktionsprozesses schützen wird.

Die Abrüstungsfrage in Genf.

In der Dienstag-Sitzung der Abrüstungskommission erklärte Leon Bourgeois, daß vor Durchführung der Abrüstung die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt und folgende Voraussetzungen erfüllt sein müßten:

Ausführungselig, dagegen eine Befreiung des Verkehrs. Im übrigen wies er auf das Verhalten des Auslandes hin und meinte, die Wirkung der Abschliessungsmaßnahmen des Auslandes dürfe nicht übersehen werden.

Abg. Dauch (D. Sp.) fordert außer einer Freiliste eine nicht zu große Verbotliste und ferner eine Kontrollliste. Die Industrie müsse für alles Gedulde sein; für Exporteure, die gegen die Vorschriften verstoßen, sollten drakonische Strafen wie Gefängnis und Zwangsarbeit eingeführt werden.

Ein Wechsel der polnischen Taktik.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Solange das deutsche Autonomiegesetz für Oberschlesien noch nicht erlassen war, hatte der gesamte polnische Widerstand von dem Rufe ruhe: Das Verlangen des Grenzlandes eines oberbeschieffigen Autonomiegesetzes ist ein Ziel und Zweck, ein solches Gesetz wird niemals erscheinen.

Austausch aller, die militärischen Rüstungen betreffenden Angaben durch alle Mächte. Der Schweizerische Delegierte Huteri erklärte, daß auch die Schweiz, wie alle anderen Nationen, der schweren Rüstungsfrage müde und bereit sei, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Rüstungsfrage zu lösen.

Was damit bewiesen werden soll, ist unerschütterlich Glauben die polnischen Agitatoren wirklich, jemandem im Grunde einreden zu können, daß das Hüftlein von Autonomiegegnern das Abstimmungsergebnis in seinem Sinne beeinflussen oder die Regierung an der Aufrechterhaltung und Durchführung des einmal erlassenen Gesetzes hindern könnte?

Das deutsche Kolonialmemorandum.

hat am Dienstag die Vollversammlung des Völkerbundes beschließt, und zwar in kurzer (Sitzungsdauer) hatte, deren Sinn noch nicht ganz klar geworden ist.

ersterer Hinsicht wohl jedermann, daß die weitaus überwiegende Mehrheit des oberbeschieffigen Volkes sich nun Autonomiegedanken bekann und in die er Überzeugung von niemandem bezweifelt werden kann.

Der Abstimmungstermin für Oberschlesien.

Der Abstimmungstermin in Oberschlesien ist, entgegen anderen Meinungen, bisher noch nicht festgesetzt. Nach einer aus Berlin uns zugehenden Nachricht wird er erst im Laufe dieser Woche in Paris festgesetzt und darauf sofort amtlich bekanntgegeben werden.

Die Autonomiefrage irgend welche Gefahr drohen? Die Autonomiefrage für die Autonomie Österreichs eintreten, stehen zunächst hinter der Regierung, und die Autonomiegegner sind nicht ausser Acht zu lassen.

Ein- und Ausfuhrfragen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag vornehmlich mit den Bedingungen des Handelsbundes und anderer wirtschaftlicher Vereinigungen.

Endgültiger Preisabbau in Amerika.

Im Umschlatt des „Board of Trade“ wird ein Bericht des englischen Vorkaufers in Washington veröffentlicht, der über den ungeschwungenen Preisrückgang in Amerika interessante Mitteilungen bringt.

Den ersten Niederlassung dieser Bestrebungen stellt die Verordnung betreffend Massnahmen gegen Betriebsabbrüche und -stilllegungen dar, die vom Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet wurde, und die in den nächsten Tagen veröffentlicht wird.

Es kann natürlich nicht die Absicht des Gesetzgebers sein, durch diese Verordnung auch solche Betriebe aufrechtzuerhalten, deren Existenz im Rahmen der Gesamtwirtschaft nicht von Notwendigkeit im Hinblick auf den Kohlenmangel wird es nicht notwendig sein, am wirtschaftlichen Betriebe, die zudem keine lebenswichtigen Bedarfsgegenstände produzieren, ihrem Schicksal zu überlassen.

In Hinblick auf die Petitionen selbst stellte der Berichterstatter folgenden Antrag: 1. über die Petitionen betreffend sofortige Festsetzung der Außenhandelsstellen zur Lagerung von Waren zu prüfen, 2. die Petitionen betreffend weiteren Abbau der Ausfuhrabgaben der Reichsregierung zur Ermöglichung zu überlegen.

